

# Blickpunkt Hessen

Renate Labonté

## Nachhaltigkeit in Hessen

Ansätze für  
kommunales Handeln



## **Nachhaltigkeit in Hessen**

**Renate Labonté**, Diplom Meteorologin, seit 1990 Referatsleiterin im Hessischen Umweltministerium, u.a. zuständig für Allgemeine Umweltpolitik und Grundsatzfragen; seit 2008 Leiterin der Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsstrategie Hessen.

*Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der HLZ dar.  
Für die inhaltlichen Aussagen trägt die Autorin die Verantwortung.*

## **Blickpunkt Hessen**

In dieser Reihe werden gesellschaftspolitische Themen als Kurzinformationen aufgegriffen. Zur Themenpalette gehören Portraits bedeutender hessischer Persönlichkeiten, hessische Geschichte sowie die Entwicklung von Politik und Kultur.

Die Schriftenreihe „Blickpunkt Hessen“ erscheint als Eigenpublikation der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Taunusstraße 4-6, 65183 Wiesbaden

Herausgeberin: Angelika Röming  
Gestaltung: G-S Grafik & Satz, Wiesbaden, [www.dr-g-schmidt.de](http://www.dr-g-schmidt.de)  
Druck: Dinges & Frick, Wiesbaden  
Erscheinungsdatum: März 2012  
Auflage: 1.500  
ISSN: 1612-0825  
ISBN: 978-3-943192-02-5

Titelbild: TU Darmstadt, erstellt durch Dr. Heiko Hofmann

# Nachhaltigkeit in Hessen

## Zum Begriff Nachhaltigkeit

Der Begriff Nachhaltigkeit stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts. Einer der seinerzeit prominentesten Vertreter dieser Lehre war der aus Dillenburg stammende Forstwissenschaftler Georg Ludwig Hartig (1764-1837). In seinen Publikationen trug Hartig die damals bekannten Regeln zur Gründung und Pflege von Waldbeständen zusammen. „Nachhaltigkeit“ bezeichnete die Bewirtschaftungsweise eines Waldes, bei welcher immer nur so viel Holz entnommen wird, wie nachwachsen kann, so dass der Wald sich immer wieder regenerieren kann.<sup>2</sup>

In seiner Anweisung zur Taxation der Forsten beschreibt er 1795 schon die Grundsätze von Nachhaltigkeit, in der Neu-Auflage von 1804 verwendet er auch explizit diesen Begriff:

*„Es lässt sich keine dauerhafte Forstwirtschaft denken und erwarten, wenn die Holzabgabe aus den Wäldern nicht auf Nachhaltigkeit berechnet ist. Jede weise Forstdirektion muss daher die Waldungen des Staates [...] doch so zu benutzen suchen, dass die Nachkommenschaft wenigstens ebensoviel Vorteil daraus ziehen kann, als sich die jetzt lebende Generation zueignet.“<sup>3</sup>*

## Grenzen des Wachstums

In den 1970er Jahren wurde sichtbar, dass die ökonomische Entwicklung und der technische Fortschritt auf Kosten der Umwelt und ihrer Ressourcen

gehen. Stichworte waren: Wasser- und Bodenverschmutzung, Abholzung, Waldsterben, Konsum, Industrialisierung und Armut.

Als eine der Ur-Studien zur nachhaltigen Entwicklung gilt die im Jahr 1972 veröffentlichte Studie „Grenzen des Wachstums“. Sie entstand auf Initiative des Club of Rome. Dargestellt sind die Wechselwirkungen zwischen Bevölkerungsdichte, Nahrungsmittelressourcen, Energie, Material und Kapital, Umweltzerstörung und Landnutzung. Erstmals wurden mittels Computersimulation und basierend auf der Entwicklung verschiedener hypothetischer „stabilisierender“ politischer Maßnahmen eine Reihe von Szenarien entwickelt.

*„Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht“.<sup>4</sup>*

Heute noch immer gebräuchlich ist der dort veröffentlichte Grundsatz „Global denken – lokal handeln“ („Think global, act local“).

Die Umweltschutzkonferenz der UNO 1972 in Stockholm suchte Lösungen für diese vielen Probleme. Sie war die erste UNO-Weltkonferenz zu diesem Thema und der Beginn einer internationalen (globalen) Umweltpolitik. Vertreter der Industrie- und Entwicklungsländer verabschiedeten gemeinsam die Stockholm-Deklaration. Die Staaten erkannten, dass die Frage des Umweltschutzes auch eine Frage der Armutsbekämpfung ist („poverty is the biggest polluter“). Auf Vorschlag der Stockholmer Konferenz wurde im gleichen Jahr das Umweltprogramm der

Vereinten Nationen (UNEP) gegründet, das bis zum heutigen Tag die führende Umweltorganisation der Welt ist.<sup>5</sup>

Ein weiterer Meilenstein in der Nachhaltigkeitsdiskussion ist die von den Vereinten Nationen eingesetzte Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Diese beeinflusste im Jahr 1983 maßgeblich die internationale Debatte über Entwicklungs- und Umweltpolitik. Die Kommission unter dem Vorsitz der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland hatte den Auftrag, langfristige Perspektiven für eine Entwicklungspolitik aufzuzeigen, die zugleich umweltschonend ist. Das auch als Brundtland-Bericht bekannte gewordene Abschlussdokument „Unsere gemeinsame Zukunft“ aus dem Jahr 1987 beinhaltet auch einen sehr wichtigen emotionalen Aspekt: In der Einleitung heißt es:

*„Mitte des 20. Jahrhunderts gewahrten die Menschen zum ersten Mal den Anblick, den ihr Planet aus dem All bietet. ... Aus dem All erscheint die Erde als kleine, zerbrechliche Kugel, geprägt nicht von menschlichem Wirken, sondern von Wolken, Ozeanen, Wäldern und Kontinenten. Die Unfähigkeit der Menschheit, ihr Wirken diesen Gegebenheiten unterzuordnen, hat grundlegende Auswirkungen auf globale Wirkungszusammenhänge zur Folge. Viele dieser Auswirkungen gehen Hand in Hand mit lebensbedrohenden Gefahren. Dieser neuen, unentrinnbaren Wirklichkeit gilt es ins Auge zu sehen, und sie müssen wir in den Griff bekommen.“<sup>6</sup>*

In diesem Bericht ist das von diesem Leitgedanken inspirierte Konzept der nachhaltigen Entwicklung folgendermaßen definiert:

*„Entwicklung zukunftsfähig zu machen, heißt, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können.“*

Der Brundtland-Bericht löste eine wissenschaftliche Debatte über die Definition der Begriffe „Nachhaltig-

keit“ und „Nachhaltige Entwicklung“ aus.<sup>7</sup> Die Gemeinsamkeit aller Nachhaltigkeitsdefinitionen ist dabei der Erhalt eines Systems bzw. bestimmter Charakteristika eines Systems, sei es die Produktionskapazität des sozialen Systems oder des lebenserhaltenden ökologischen Systems. Es soll also immer etwas bewahrt werden zum Wohl der zukünftigen Generationen.

Das erforderliche Umdenken wird durch den Begriff der „Erdpolitik“ deutlich. *„Der Zustand der Erde verlangt gebieterisch globales Denken. Dies ist ungewohnt. Unsere Politik ist größtenteils noch national organisiert“.*<sup>8</sup>

Einen entscheidenden Einfluss hatte die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Jahr 1992 in Rio de Janeiro. Die sogenannte Rio-Konferenz ist als „Erdgipfel“ berühmt geworden, unter anderem auch deshalb, weil sie als wohl größtes diplomatisches Ereignis des 20. Jahrhunderts einzuschätzen ist: Unter den insgesamt rund 17.000 Teilnehmenden waren unter anderem Regierungsvertreter aus 178 Staaten, vertreten waren rund 500 nicht-staatliche Organisationen, mehr als 8.000 Journalisten und mehrere tausend Forumsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

Im Rahmen der Rio-Konferenz gelang es, die im Brundtland-Bericht erhobenen Forderungen und Vorschläge auch in international verbindliche Verträge und Konventionen umzusetzen und die Weichen für eine globale „Nachhaltige Entwicklung“ (englisch: sustainable development) zu stellen. Die Verabschiedung des daraus resultierenden Leitbildes, das künftig die globalen Ökosysteme entlasten soll, gilt als Meilenstein. Dieses Leitbild entwickelte sich aus der Erkenntnis, dass Umweltprobleme und soziale Fragen nicht isoliert voneinander betrachtet werden können. Somit wurden erstmals nicht allein umweltpolitische Probleme, sondern diese im Zusammenhang mit globalen Entwicklungsproblemen auf

internationaler Ebene diskutiert. Die wichtigsten Ergebnisse der Rio-Konferenz waren fünf Werke: die Agenda 21, die Deklaration von Rio über Umwelt und Entwicklung, die Walddeklaration, die Klimaschutz- sowie die Artenschutz-Konvention.<sup>9</sup>

## Green Economy 2012

Die nächste große UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung wird vom 20. bis 22. Juni 2012 stattfinden. Das Treffen – kurz „Rio plus 20“ – ist symbolträchtig, denn es findet am selben Ort statt, an dem der „Weltgipfel“ vor zwanzig Jahren Maßstäbe für eine globale Politik zum Schutz von Klima und Umwelt gesetzt hat.

Auch diesmal sind die Ziele hoch gesteckt: Die Rio-Konferenz 2012 soll die Neuausrichtung der Volkswirtschaften weltweit hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise deutlich beschleunigen. „Green Economy“ wird ein Haupt-

thema der Nachhaltigkeitskonferenz der Vereinten Nationen sein. Die Staatengemeinschaft hat sich auch zum Ziel gesetzt, die institutionelle Struktur der nachhaltigen Entwicklung auf den Prüfstand zu stellen.

## Drei-Säulen-Modell

Einen wichtigen Beitrag in der Definition des Nachhaltigkeitsbegriffes und dessen politischer Debatte leisteten die Enquete-Kommissionen des 12. und 13. Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ und „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“.<sup>10</sup>

Die Kommissionen sehen für das Leitbild einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung drei Dimensionen:

- die ökologische Dimension
- die ökonomische Dimension
- die soziale Dimension.



*„Nachhaltigkeit ist die Konzeption einer dauerhaft zukunftsfähigen Entwicklung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension menschlicher Existenz. Diese drei Säulen der Nachhaltigkeit stehen miteinander in Wechselwirkung und bedürfen langfristig einer ausgewogenen Koordination.“*

Die einzelnen Dimensionen legen jeweils Schwerpunkte fest.

## **Die ökologische Dimension**

Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen soll deren Regenerationsrate nicht überschreiten. Dies entspricht der Forderung nach Aufrechterhaltung der ökologischen Leistungsfähigkeit, d.h. (mindestens) nach Erhaltung des von den Funktionen her definierten ökologischen Realkapitals.

Nicht-erneuerbare Ressourcen sollen nur in dem Umfang genutzt werden, in dem ein physisch und funktionell gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen oder höherer Produktivität der erneuerbaren sowie der nicht-erneuerbaren Ressourcen geschaffen wird.

Stoffeinträge in die Umwelt sollen sich an der Belastbarkeit der Umweltmedien orientieren, wobei alle Funktionen zu berücksichtigen sind, nicht zuletzt auch die „stille“ und empfindlichere Regelungsfunktion.

Das Zeitmaß anthropogener Einträge bzw. Eingriffe in die Umwelt muss im ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß der für das Reaktionsvermögen der Umwelt relevanten natürlichen Prozesse stehen. Gefahren und unvermeidbare Risiken für die menschliche Gesundheit durch anthropogene Einwirkungen sind zu vermeiden.

## **Die ökonomische Dimension**

Das ökonomische System soll individuelle und gesellschaftliche Bedürfnisse effizient befriedigen. Dafür ist die Wirtschaftsordnung so zu gestalten, dass sie die persönliche Initiative fördert

(Eigenverantwortung) und das Eigeninteresse in den Dienst des Gemeinwohls stellt (Regelverantwortung), um das Wohlergehen der derzeitigen und künftigen Bevölkerung zu sichern. Es soll so organisiert werden, dass es auch gleichzeitig die übergeordneten Interessen wahrnt.

Preise müssen dauerhaft die wesentliche Lenkungsfunktion auf Märkten wahrnehmen. Sie sollen dazu weitestgehend die Knappheit der Ressourcen senken, Produktionsfaktoren, Güter und Dienstleistungen wiedergeben.

Die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs sind so zu gestalten, dass funktionsfähige Märkte entstehen und aufrechterhalten bleiben, Innovationen angeregt werden, dass langfristige Orientierung sich lohnt und der gesellschaftliche Wandel, der zur Anpassung an zukünftige Erfordernisse nötig ist, gefördert wird.

Die ökonomische Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft und ihr Produktiv-, Sozial- und Humankapital müssen im Zeitablauf zumindest erhalten werden. Sie sollten nicht bloß quantitativ vermehrt, sondern vor allem auch qualitativ ständig verbessert werden.

## **Die soziale Dimension**

Der soziale Rechtsstaat soll die Menschenwürde und die freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie Entfaltungschancen für heutige und zukünftige Generationen gewährleisten, um auf diese Weise den sozialen Frieden zu bewahren.

Jedes Mitglied der Gesellschaft erhält Leistungen von der solidarischen Gesellschaft:

- entsprechend geleisteter Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme
- entsprechend Bedürftigkeit, wenn keine Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme bestehen.

Jedes Mitglied der Gesellschaft muss entsprechend seiner Leistungsfähigkeit einen solidarischen Beitrag für die Gesellschaft leisten.

Die sozialen Sicherungssysteme können nur in dem Umfang wachsen, wie sie auf ein gestiegenes wirtschaftliches Leistungspotential zurückgehen.

Das in der Gesellschaft insgesamt und in den einzelnen Gliederungen vorhandene Leistungspotential soll für künftige Generationen zumindest erhalten werden.

# Nachhaltigkeitsstrategie für Hessen

Hessen steht wie alle anderen Länder und Regionen Europas vor den durch Klimawandel, Ressourcenverknappung, Globalisierung, Integration und demografischen Wandel bedingten Herausforderungen. Daher reiht sich die Nachhaltigkeitsstrategie Hessen auch in die europäische und nationale Nachhaltigkeitsstrategie ein.

## Dialog Nachhaltigkeit

Die Nachhaltigkeitsstrategie Hessen wurde im Mai 2008 unter dem Motto „Hessen nachhaltig - Lernen und Handeln für unsere Zukunft“ gestartet. Sie hat das Ziel, gemeinsam mit Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft die Nachhaltige Entwicklung in Hessen voranzubringen. Dem liegt das Verständnis zugrunde, dass es ohne eine breite politische und gesellschaftliche Kommunikation über Nachhaltigkeit keine nachhaltige Gesellschaft geben wird. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist daher auf Dialog ausgerichtet, interdisziplinär und will eine enge Vernetzung aller Beteiligten. Sie setzt auf partnerschaftliche Zusammenarbeit und unterstützt die Vernetzung aller Beteiligten ökologisch, wirtschaftlich und sozial.

Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie ist deshalb eine ressortübergreifende Landesaufgabe und

erfordert finanzielles und personales Engagement aller beteiligten Fachressorts innerhalb der Landesregierung.

Wichtige Ziele waren zunächst, die inhaltlichen Schwerpunkte und deren Priorität für die nachhaltige Entwicklung in Hessen zu identifizieren. Ausgehend von den Themen und Schwerpunkten der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie wurde ein breit angelegter gesellschaftlicher Konsultationsprozess initiiert. Hierzu wurden landesweit Vorschläge und Ideen gesammelt. Bausteine des Dialogs waren eine Online-Umfrage, ein Aufruf an Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Verwaltung, ihr Wissen und Vorschläge in den Prozess einzubringen, Expertengespräche, Interviews, Sitzungen der Nachhaltigkeitsgremien sowie ein zweitägiger Jugendkongress.

Die Anregungen und Vorschläge dieses breit angelegten Konsultationsprozesses wurden gesammelt und ausgewertet und im Anschluss den Gremien der Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt, die die Maßnahmen der Nachhaltigkeitsstrategie beraten und beschließen.

Die Nachhaltigkeitskonferenz ist das oberste Entscheidungsgremium und tagt unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten. Die Nachhaltigkeitskonferenz setzt sich zusammen aus führenden Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft und bildet so die Vielzahl der im Themenfeld Nachhaltigkeit aktiven Institutionen ab, entscheidet über die strategische

und thematische Ausrichtung und legt fest, an welchen Zielen sich eine nachhaltige Entwicklung orientiert sowie welche Schwerpunkte vertieft bearbeitet werden sollen. Um eine effiziente Entscheidungsfindung sicher zu stellen, wurde ein Strategischer Koordinierungskreis unter Leitung des Chefs der Staatskanzlei und der Umweltministerin eingesetzt. Dieser bereitete die Entscheidungsvorlagen der Nachhaltigkeitskonferenz vor.

Dem Ministerpräsidenten und der Umweltministerin stehen Persönlichkeiten aus verschiedenen Themenbereichen der Nachhaltigkeit beratend zur Seite. Fünf Beiratsmitglieder geben zu strategisch wichtigen Fragestellungen Anregungen und inhaltliche Impulse. Die Perspektive der jungen Generation bringt ein Jugendbeirat ein. Jugendliche aus ganz Hessen beraten den Ministerpräsidenten und die Umweltministerin bei ihren Entscheidungen und gestalten die Jugendinitiative der Nachhaltigkeitsstrategie.

Der Prozess der Nachhaltigkeitsstrategie wird von der Geschäftsstelle im Umweltministerium und der Gruppe Projektplanung in der Staatskanzlei koordiniert und begleitet. Die Geschäftsstelle unterstützt die Mitglieder der Gremien, führt Ideen, Meinungen sowie Konzepte zusammen. Sie koordiniert die Arbeit der Projektgruppen, bewirtschaftet die Haushaltsmittel und ist Anlaufstelle für die Bevölkerung. Die Geschäftsstelle wird hierbei durch die Ressorts der Landesregierung und durch das Statistische Landesamt fachlich unterstützt.

In seiner ersten Sitzung im Oktober 2008 beschloss die Nachhaltigkeitskonferenz neun prioritäre Themenfelder, zu denen Ziele und Indikatoren festgelegt sowie konkrete Projekte auf den Weg gebracht wurden. Das Gremium beauftragte Projektgruppen, umsetzungsreife Projektpläne auszuarbeiten. Sachstand und Ergebnisse sind nachfolgend zu „Nachhaltigkeit in Hessen – konkret“ ausgeführt.

Die Themenfelder der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen:

- Klimawandel und zukunftsfähige Energie
- Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen
- Nachhaltige Mobilität
- Bildung, soziale Eingliederung, Demografie und Migration
- Zukunftsfähige Arbeit und Beschäftigung
- Globale Herausforderungen
- Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion
- Gesundheit und Ernährung
- Staat und Verwaltung.

Als strategisches Dach wurde ebenfalls die Auswahl und Festlegung von Zielen und Indikatoren bestimmt. Langfristig angelegte Ziele stellen einen Orientierungsrahmen für die Akteure der Nachhaltigkeitsstrategie dar und geben sowohl Planungssicherheit als auch Handlungsorientierung. Mit Hilfe geeigneter Indikatoren wird der Umsetzungsstand der Ziele überprüft.

Für deren Entwicklung vereinbarte das Gremium die Bildung einer Task Force „Ziele und Indikatoren“. Ihre Aufgabe bestand darin, geeignete Indikatoren auszuwählen, die im Hinblick auf die Themenfelder der Nachhaltigkeitsstrategie die Ausgangslage in Hessen beschreiben und den Fortschrittsprozess nachvollziehbar machen. Für ausgewählte Indikatoren sollten darüber hinaus Ziele formuliert werden. Daraus ergibt sich die Unterscheidung zwischen sogenannten Ziel- und Reportingindikatoren.

Folgende Vorgaben sollten hierbei berücksichtigt werden:

- **Auf Bestehendem aufbauen:** sich an den Nachhaltigkeitsstrategien der Europäischen Union und des Bundes orientieren
- **Hessenspezifische Besonderheiten berücksichtigen:** ausgewählt werden sollen Indikatoren mit



Relevanz für Hessen, bei denen auf Landesebene Handlungsspielraum besteht

- **Pragmatisch vorgehen:** Es sollen keine wissenschaftlichen Debatten geführt werden
- **Überschaubar bleiben:** Auszuwählen sind fünf bis sieben Ziel- und 20 Reportingindikatoren über alle Themenfelder der Strategie
- **Informationsbasis erstellen:** Eine Eröffnungsbilanz soll vorgestellt werden.

Auf der Grundlage der im April 2009 veröffentlichten Eröffnungsbilanz stimmte die Nachhaltigkeitskonferenz noch im Juni 2009 der von der Task Force vorgenommenen Auswahl von 15 Zielindikatoren und 24 Reportingindikatoren zu.

Das Indikatorenset der Nachhaltigkeitsstrategie bildet die ökonomische, die ökologische und soziale Dimension einer nachhaltigen Entwicklung gleichermaßen ab. Dazu zählen unter anderem konkrete Vorgaben zum Kli-

maschutz, zu Ressourceneffizienz, zu Bildung und Integration.

Neben dem Gremium der Nachhaltigkeitsstrategie ist ein weiterer Tag zur Thematik in Vorbereitung: der Hessische Tag der Nachhaltigkeit ist für den 19. September 2012 geplant, an dem Unternehmen, Schulen, Kommunen, Vereine und Institutionen ihre Aktivitäten rund um das Thema präsentieren können.

Mit den Beschlüssen der 4. Nachhaltigkeitskonferenz unter Leitung des Ministerpräsidenten im Juni 2011 wurde die Strategie weiterentwickelt. Künftig soll der Schwerpunkt auf ein aktuelles Thema gelegt werden und eine intensive Diskussion auf allen gesellschaftlichen Ebenen angeregt und gemeinsam Lösungen umgesetzt werden. Als erstes Thema wurde der Bereich „Energie“ ausgewählt. Dazu hat das Gremium neue Bausteine für Kommunen, Unternehmen, Verwaltung und Vereine beschlossen, die die Gestaltung der Energiewende in Hessen voranbringen sollen.

## Nachhaltigkeit – Konkret

Die nachhaltige Entwicklung im Land soll durch konkrete Maßnahmen und Projekte der Nachhaltigkeitsstrategie vorangebracht werden, damit der komplexe Begriff Nachhaltigkeit und gleichzeitig das Engagement von Menschen dafür erklärbar und greifbar werden.

Die Nachhaltigkeitskonferenz beauftragte Projektgruppen für die Themenfelder der Nachhaltigkeitstrategie, umsetzungsreife Projektpläne auszuarbeiten.

An der Konzeption dieser Projekte beteiligten sich insgesamt rund 650 Akteure. Die insgesamt 18 Projekte der Nachhaltigkeitsstrategie wurden mit einer Laufzeit von jeweils 18 Monaten angelegt. Die 4. Nachhaltigkeitskonferenz zog im Juni 2011 eine positive Bilanz der bisherigen Projektarbeit:

Die Startprojekte wurden erfolgreich abgeschlossen und ihre Ergebnisse verstetigt.<sup>11</sup> Die Resultate zahlreicher Projekte flossen dabei auch in die neuen Akzente und Maßnahmen der Nachhaltigkeitsstrategie ein.

Für die Auswahl der Projekte wurden folgende Kriterien festgelegt:

- trägt zu einer nachhaltigen Entwicklung in der Welt bei
- gibt neue Impulse für mehr Nachhaltigkeit in Hessen und darüber hinaus
- ist mindestens von landesweiter Bedeutung- und auf Landesebene durchführbar
- bezieht sich auf mindestens eines der neun Nachhaltigkeitsthemenfelder

- betrifft wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Zusammenhänge
- erfordert die Zusammenarbeit zwischen Akteuren und Ministerien
- ist konsensfähig, aktionsbezogen bzw. umsetzungsorientiert
- lässt klare Ergebnisse innerhalb von 18 Monaten erwarten.

Sie will Lösungsansätze für den umweltfreundlichen, sozialen und fairen Einkauf entwickeln und verbindlich vereinbaren. Inhaltliche Schwerpunkte sind die Erstellung eines Leitbilds, die normative Verankerung von Nachhaltigkeitsaspekten in der Beschaffung sowie der Aufbau eines Beschaffungsnetzwerks.

## Hessen aktiv

### CO<sub>2</sub>-neutrale Landesverwaltung

Die Landesverwaltung verfügt über fast 1250 Liegenschaften, die insgesamt ein hohes CO<sub>2</sub>-Einsparpotential bieten. Zugleich hat die öffentliche Verwaltung eine wichtige Vorbildfunktion für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen. Deshalb wird das Ziel gesetzt, bis spätestens zum Jahr 2030 CO<sub>2</sub>-neutral zu arbeiten. Dies soll in drei Schritten erfolgen: Minimierung, Substitution, Kompensation. Im April 2011 wurde die Eröffnungsbilanz über die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Landesverwaltung vorgelegt. Eine zentrale Maßnahme in dem Projekt war die Auslobung eines Energiesparwettbewerbes „Energie Cup Hessen“ mit 29 Energieteams in 41 Liegenschaften.

### Vorreiter für nachhaltige und faire Beschaffung

Konsum und Produktion sind zentrale Hebel, um eine nachhaltige Entwicklung voranzubringen. Die öffentliche Hand ist mit einem großen Beschaffungsvolumen auf dem Markt aktiv und kann mit dieser Marktposition Einfluss auf zukünftige Produktangebote und -entwicklungen ausüben.

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, die Beschaffung der hessischen Landesverwaltung an den Grundsätzen „nachhaltig“ und „fair“ auszurichten.

## Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene

Kommunen haben ein hohes Potential zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und Kostenreduktion durch Energieeinsparung. Gleichzeitig bestehen viele Möglichkeiten, um für Nachhaltigkeit und für den Klimaschutz aktiv zu werden. Die Kommunen sind wichtige Vorbilder und Multiplikatoren für die Bürgerinnen und Bürger, für regionale Unternehmen sowie Kommunen anderer Regionen. Sie haben einen wichtigen Anteil sowohl beim Ausbau erneuerbarer Energien als auch bei der Sicherung sozialverträglicher Arbeits- und Lebensbedingungen.

Mit einer Vielzahl von konkreten Maßnahmen kann der kommunale Energiebedarf gemindert, die Energieeffizienz erhöht, regenerative Energieträger verstärkt eingesetzt werden. Dies führt zur Minderung der Treibhausgasemissionen und zur Kostenreduktion.

Eine zentrale Maßnahme ist die Erstellung eines kommunalen Klimaschutzkonzepts. Dieses ist die strategische Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe für Klimaschutzmaßnahmen und dient als wichtige Information für kommunale Entscheidungsträgerinnen und -träger.

Dabei werden die technischen und wirtschaftlichen CO<sub>2</sub>-Minderungspotenziale erfasst, die kurz-, mittel- und langfristig Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs sowie

Ziele zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen festgelegt, und es wird beschrieben, wie die Erfüllung dieser Ziele kontrolliert werden kann.

Die konkreten Maßnahmen sind vielfältig, hier einige Beispiele:

- Energieeffizienz als Grundprinzip in die Stadtplanung aufnehmen
- Eigene Gebäude und Anlagen auf den neuesten Stand bringen
- Gezielte Mitarbeitermotivation zum Energiesparen
- Vorbildrolle für nachhaltige Energieversorgung übernehmen
- Beschaffung und Green-IT
- Förderung von Kraft-Wärme-Kopplung und Nahwärme
- Förderung von erneuerbaren Energien
- Information, Beratung und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger
- Zusammenarbeit mit kleinen und mittelständischen Unternehmen stärken
- Förderung von Fußgängern und Radverkehr
- Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln optimieren
- Abfallaufkommen reduzieren
- Abfall energetisch nutzen
- Klimafreundliche Abwasserbehandlung.

## **100 Kommunen für den Klimaschutz**

Hierbei geht es darum, hessische Städte und Gemeinden dabei zu unterstützen, Klimaschutzmaßnahmen vor Ort umzusetzen. Die am Projekt beteiligten Kommunen unterzeichnen eine Charta und verpflichten sich damit freiwillig selbst, auf der Grundlage einer CO<sub>2</sub>-Bilanz kommunale Aktionspläne zu erstellen und regelmäßig über deren Umsetzung zu berichten. Im Aktionsplan sind vor allem Maßnahmen zum Klimaschutz enthalten, mit denen

durch Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und die Nutzung erneuerbarer Energien die Kosten verringert werden.

Das Know-how im kommunalen Klimaschutz soll gebündelt werden und neben den bereits klimaaktiven Kommunen ist Ziel, dass auch weitere Kommunen von der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen überzeugt werden. Die CO<sub>2</sub>-Bilanz gibt Hinweise auf die Wirksamkeit und Effizienz der einzelnen Maßnahmen.

Bis Anfang des Jahres 2012 haben 117 Kommunen die Charta unterzeichnet, es wurden 45 Bilanzen sowie 37 Aktionspläne erstellt bzw. sind in Bearbeitung, 33 Kommunen aus Nord- und Mittelhessen haben Einzelberatungen von regionalen Fachstellen in Anspruch genommen und 68 Kommunen aus Südhessen haben sich zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch in drei Regionalen Gruppen zusammengeschlossen. Sie werden von Fachstellen beraten. Die unterzeichnenden Kommunen können das CO<sub>2</sub>-Bilanzierungstool ECORegionsmart ein Jahr kostenfrei nutzen.

Im Rahmen dieses Projektes wird die Neuausrichtung der Nachhaltigkeitsstrategie weiter entwickelt, so dass die hessischen Kommunen auch weiterhin unterstützt werden. Geplant ist ein Nachhaltigkeitskongress, bei dem die hessischen Kommunen als Partner der Energiewende und des Klimaschutzes im Fokus stehen werden.

## **100 Sportvereine für den Klimaschutz**

Der Sport in seiner organisierten Form ist ein wichtiger Multiplikator, um das Thema Klimaschutz in die Breite zu tragen. Das Projekt soll Sportvereine zu Energieeinsparungen, zur Effizienzsteigerung und zur Nutzung erneuerbarer Energien motivieren. Sportvereine unterzeichnen eine Charta für den Klimaschutz und verpflichten sich auf Grundlage einer CO<sub>2</sub>-Bilanz, einen

Aktionsplan für Klimaschutzmaßnahmen aufzustellen und regelmäßig über deren Umsetzung zu berichten. Als Maßnahmen im Aktionsplan sind unter anderem die Erfassung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Vereinssportanlage, die Bewertung der Emissionsentwicklung und die Information der Mitglieder über die konkreten Maßnahmen vorgesehen. 113 Sportvereine haben bisher die Charta unterzeichnet (Stand September 2011). Der Landessportbund Hessen berät sie unter anderem bei der Aufstellung ihres Aktionsplanes oder bei der Untersuchung ihrer Anlagen auf klimarelevante Einsparpotenziale und stellt Informationsmaterial zu Verfügung. Das Projekt bindet die Mitglieder der Sportvereine aktiv ein – so gewinnt der Klimaschutz im Vereinsalltag wie auch im privaten Umfeld der Mitglieder an Bedeutung.

## **100 Schulen für den Klimaschutz**

Wichtiges Ziel des Projektes ist, die Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern für die Bedeutung des Klimaschutzes und den nachhaltigen Umgang mit Energie. Schulen sind wichtige Partner für den Klimaschutz, da sie zentrale Orte sind, um Kinder und Jugendliche an ein energieeffizientes Verhalten heranzuführen und sie zu wichtigen Multiplikatoren zu machen. Bisher beteiligen sich 79 Schulen an dem Projekt und haben eine Charta für den Klimaschutz unterzeichnet. Die Schulen erklären sich damit bereit, zehn Prozent ihres CO<sub>2</sub>-Verbrauchs zu reduzieren. Neben der Energieeinsparung stand das handlungsorientierte Lernen im Vordergrund. Zehn regionale Umweltbildungszentren unterstützen die Schulen in dem Netzwerk „Umweltschulen“ bei ihrem Engagement im Bereich Umwelterziehung und ökologische Bildung.

## **10.000 Bürgerinnen und Bürger für den Klimaschutz**

Ziel des Projektes ist es, mindestens 10.000 Bürgerinnen und Bürger für einen klimabewussteren Lebensstil zu begeistern und dies durch die Unterzeichnung eines Klimatisten-Abkommens zu dokumentieren. Damit nimmt sich jeder Klimatist vor, in seinem Alltag mindestens drei Dinge zum Klimaschutz beizutragen. Rund 6.000 Bürgerinnen und Bürger haben die Selbstverpflichtung zum Klimaschutz im Alltag bereits unterzeichnet (August 2011). Mit kleinen persönlichen Vorteilen für den Klimatisten wird ein Anreiz geschaffen, Klimaschutz im Alltag umzusetzen. Ein Online-Portal bietet Wissenswertes rund um Klimaschutz im Alltag sowie detaillierte Informationen zu den Themen Mobilität, Ernährung, Energie und Konsum.

## **Vitale Orte 2020**

Die demografische Entwicklung mit dem steigenden Anteil älterer Menschen hat auch Einfluss auf die kommunale Infrastruktur. Das Projekt unterstützt hessische Kommunen im ländlichen Raum dabei, ihre Gemeinden als attraktiven Lebensraum zu gestalten und zukunftsfähig auszurichten.

Die kommunale Kooperationsplattform „Vitale Orte 2020“ soll die Akteure im ländlichen Raum für die Folgen des demografischen Wandels sensibilisieren, Kompetenzen bündeln, Handlungsmöglichkeiten identifizieren, Best Practice Beispiele präsentieren und konkrete Unterstützung zur Bewältigung des demografischen Wandels bieten. Damit fördert das Projekt die Sicherung und Entwicklung des ländlichen Raums.

Zur Information und Vernetzung der Akteure wurde die „Servicestelle Demografie“ eingerichtet. Expertengespräche mit Bürgermeistern, Landräten und Regionalmanagern trugen dazu bei, das Serviceangebot auf den Bedarf in den Kommunen abzustimmen.

Die Webseite der Servicestelle bietet eine Förderdatenbank, Instrumente, Handreichungen, Konzepte und Studien zum demografischen Wandel und weist auf Modellprojekte und Wettbewerbe hin.

Das Modellprojekt „Integriertes Entwicklungskonzept Schotten“, in das Bürgerinnen und Bürger aus 15 Stadtteilen einbezogen werden, hat das Ziel, die Abstimmungsprozesse für die bestmögliche Entwicklung der Gesamtkommune modellhaft zu bewerten und einen integrierten Leitfaden zu erstellen.

## **Nachhaltiges Flächenmanagement**

Ziel des Projektes ist, öffentliches Bewusstsein zu schaffen und konkrete Maßnahmen zu entwickeln, um den Flächenverbrauch zu senken. Flächenmanagement hat eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung, da viele unterschiedliche Akteure und Belange involviert sind. Die Nutzung der Ressource Fläche ist endlich und sollte daher einer Strategie folgen, die ökologische und ökonomische Anforderungen als auch die demografische Entwicklung berücksichtigt. In einem Aktionsprogramm sollen konkrete Maßnahmen, Selbstverpflichtungen und erste Umsetzungsschritte erarbeitet werden, um die Flächeninanspruchnahme zu senken und Flächen effizienter zu nutzen.

Dabei steht die Schaffung eines regionalen Kooperationsverbundes von Kommunen im Mittelpunkt. In einem anderen Projektbaustein „Innenentwicklungspotentiale“ wird ein Erfassungsinstrument in Modellregionen erprobt.

Eine Flächenmanagement-Datenbank wird nach Abschluss der Erprobungsphase im Jahr 2012 allen hessischen Kommunen zur Verfügung stehen. Zeitgleich ist für das erste Halbjahr 2012 eine Öffentlichkeitskampagne geplant, die Kommunen, Regionen,

Kammern und Verbänden sowie Grundstückseigentümern und -käufer von den Vorteilen der Nutzung von bebauten wie auch unbebauten Grundstücken im Innenbereich überzeugen soll.

Es ist wünschenswert, dass die Hilfestellung des Landes Hessen zur Erfassung von Flächenpotenzialen im Innenbereich zukünftig von möglichst vielen Kommunen genutzt wird.

## Anmerkungen:

- 1 Hartig durchlief zunächst eine Forstlehre und studierte dann in Gießen Kameralwissenschaft. In Diensten des Fürsten zu Solms-Braunfels gründete er eine forstliche Meisterschule, wechselte 1979 nach Dillenburg, nachdem ihn der Fürst von Oranien-Nassau dort als Landesforstmeister berufen hatte. In Dillenburg richtete er wiederum eine Forstschule ein, an der angehende Forstbeamte aus dem In- und Ausland ausgebildet wurden. 1821 richtete er an der Universität zu Berlin einen Lehrstuhl für Forstwirtschaft ein, aus dem später die Forstliche Hochschule Eberswalde wurde.
- 2 Autorenkollektiv: Georg Ludwig Hartig (1764-1837) zum 150. Todestage. Festakt zum 11. März 1987 in Gladenbach; Vorträge und Dokumentation. Mitteilungen der Hessischen Landesforstverwaltung, Band 21. Sauerländer; Frankfurt am Main 1987
- 3 Anweisung zur Taxation der Forste oder zur Bestimmung des Holzertrags der Wälder. Erster oder theoretischer Theil. Zweyte Auflg, Einleitung Seite. IX; Gießen und Darmstadt 1804
- 4 Die Grenzen des Wachstums; Dennis Meadows, Donella Meadows, Erich Zahn, Peter Milling, Seite 17, Stuttgart 1972
- 5 Declaration of the United Nations Conference on the Human Environment; Report of the United Nations Conference on the Human Environment, (United Nations publication, Sales No. E.73.II.A.14 and corrigendum), chap. I); Stockholm 1972
- 6 Unsere gemeinsame Zukunft, Brundtland-Bericht, Herausgeber Volker Hauff, Eggenkamp Verlag Einleitung Seite 1; Greven 1987
- 7 Jörg Tremmel: Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie. Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure; Ökom-Verlag; München 2003
- 8 Ernst Ulrich von Weizsäcker: Erdpolitik - Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt. Wiss. Buchges.; Vorwort Seite XI; Darmstadt 1989
- 9 Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro - Dokumente - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; Bonn 1992
- 10 Konzept Nachhaltigkeit - vom Leitbild zur Umsetzung, Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestages; Bonn 1998
- 11 Zwischenbericht der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen; Geschäftsstelle im Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Wiesbaden 2012

## Weiterführende Links zum Thema Nachhaltigkeit:

- <http://www.hessen-nachhaltig.de>
- <http://www.nachhaltigkeitsrat.de>
- <http://www.bne-portal.de>
- <http://www.blk21.de>
- <http://www.mut-zur-nachhaltigkeit.de>
- <http://www.wupperinst.org/de/home>
- <http://www.nachhaltigkeit.at>
- <http://www.anu-hessen.de>
- <http://www.globaleslernen.de/>
- <http://www.epn-hessen.de>

**ÖKOLOGIE****TREIBHAUSGASEMISSIONEN**

Nationales Ziel erreichen, Index bis 2012 um 21 % und bis 2020 um 40 % senken

**ERNEUERBARE ENERGIEN (EE)**

a) Anteil der EE am Endenergieverbrauch (EEV) der Sektoren Haushalte und Industrie bis 2020 auf 20 % erhöhen b) EEV dieser Sektoren bis 2020 um 20 % gegenüber 2006 senken

**MODAL SPLIT**

a) Anstieg des Wegenteils von ÖPV, Fahrrad und Fuß von 42 % im Jahr 2008 auf 50 % im Jahr 2020  
b) Nachhaltigere Gestaltung des motorisierten Individualverkehrs fördern

**SIEDLUNGS- UND VERKEHRSFLÄCHE**

Flächeninanspruchnahme von max. 2,5 ha/Tag ab 2020  
(Zwischenziele: 3,2 ha/Tag ab 2012 und 2,8 ha/Tag ab 2016)

**ARTENVIELFALT**

Anstieg des Bestands repräsentativer Vogelarten vom Indexwert 69 im Jahr 2009 auf 100 im Jahr 2020

**ÖKONOMIE****ENERGIEPRODUKTIVITÄT**

Bis 2020 Verdoppelung der Energieproduktivität gegenüber 1990, mind. jedoch den Index Deutschlands zum Jahr 2020 um 10 Punkte übertreffen.

**ERWERBSTÄTIGENQUOTE NACH ALTER**

Nationales Ziel erreichen: Anstieg der Quote bis 2020 bei  
15- bis unter 65-Jährigen: 75 % | 55- bis unter 65-Jährigen: 57 %

**PRIVATE U. ÖFFENTLICHE AUSGABEN FÜR FORSCHUNG  
U. ENTWICKLUNG (FUE)**

Nationales Ziel (Anteil der Ausgaben für FuE am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 3 % bis 2010)  
erreichen und danach halten

**FINANZIERUNGSSALDO DES LANDESHAUSHALTS**

Ausgeglichener Haushalt (»Schuldenbremse«) bis 2020

**BRUTTOINLANDSPRODUKT (BIP) JE ERWERBSTÄTIGEN**

Abstand zu Deutschland halten, Indikator dient als Übergangslösung

**SOZIALES****ADIPOSITAS BEI KINDERN**

Halbierung des Anteils adipöser Kinder von 4,7 % im Jahr 2007 auf 2,4 % im Jahr 2020

**AUSLÄNDISCHE SCHULABGÄNGER MIT  
SCHULABSCHLUSS**

Nationales Ziel (Angleichen der Quote von ausländischen Schulabgängern an Quote deutscher Schüler bis 2020) erreichen

**18- BIS UNTER 25-JÄHRIGE OHNE BZW. MIT  
NIEDRIGEM ABSCHLUSS**

Nationales Ziel (Anteil bis 2020 auf 4,5 % senken) erreichen

**BILDUNGSGERECHTIGKEIT**

Aktueller Zielindikator wird durch einen Indikator auf der Basis der Bildungsstandards ersetzt,  
dann wird Ziel festgelegt

**ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT**

Anstieg der Zahl der im Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen zusammengefassten  
Initiativen/Organisationen von 80 im Jahr 2009 auf 135 im Jahr 2020

## Blickpunkt Hessen

In dieser Reihe werden gesellschaftspolitische Themen als Kurzinformationen aufgegriffen. Zur Themenpalette gehören Portraits bedeutender hessischer Persönlichkeiten, hessische Geschichte sowie die Entwicklung von Politik und Kultur. Hrsg.: Angelika Römig.

Bisher sind erschienen:

- Blickpunkt Hessen 1: Erwin Stein – Mitgestalter des neuen Bundeslandes Hessen
- Blickpunkt Hessen 2: Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen nach 1945
- Blickpunkt Hessen 3: Carl Ulrich – Vom sozialdemokratischen Parteiführer zum hessischen Staatspräsidenten
- Blickpunkt Hessen 4: Die Gründung des Landes Hessen 1945
- Blickpunkt Hessen 5: Eugen Kogon – Ein Leben für Humanismus, Freiheit und Demokratie
- Blickpunkt Hessen 6: Hessische Grenz Museen: Point Alpha und Schiffersgrund
- Blickpunkt Hessen 7: Hessische Partnerregionen: Emilia-Romagna, Aquitaine, Wielkopolska, Wisconsin, Jaroslavl
- Blickpunkt Hessen 8: Oskar Schindler – Vater Courage
- Blickpunkt Hessen 9: Lokaljournalismus zwischen Weimarer Republik und NS-Zeit am Beispiel der Bensheimer Presse
- Blickpunkt Hessen 10: 1908: Studentinnen in hessischen Hörsälen
- Blickpunkt Hessen 11: Die Spielregeln der Demokratie in den hessischen Gemeinden – 200 Jahre Magistratsverfassung
- Blickpunkt Hessen 12: Leben und Wirken Georg Büchners und seiner Familie in Hessen
- Blickpunkt Hessen 13: Kleindenkmale schreiben Geschichte: Historische Grenzsteine in Hessen